Auswirkungen der Liberalisierung im Agrar- und Ernährungssektor auf die Beschäftigung

Autor(en): **Anwander Phan-huy, Sibyl**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie = Économie et sociologie rurales [1980-2007]**

Band (Jahr): **- (1999)**

Heft 2

PDF erstellt am: **05.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-966285

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Auswirkungen der Liberalisierung im Agrar- und Ernährungssektor auf die Beschäftigung

Sibyl Anwander Phan-huy

Der neue Bericht an den Club of Rome[1] befasst sich mit der Zukunft der Arbeit. Arbeit hat einen Wert an sich und ist mehr als eine Tätigkeit, die das Überleben sichert. Unter den gegenwärtigen Bedingungen gilt die bezahlte Vollzeitarbeit in der Regel als einziger Gradmesser für den individuellen Beitrag zur produktiven Tätigkeit in einer Gesellschaft. Über die Arbeit werden wichtige gesellschaftliche Kontakte geknüpft, der Mensch findet durch die seine Stellung in der Gesellschaft, Arbeit ist Teil der Identität.[2] Im Vergleich dazu wird nicht monetisierte Arbeit im Sinne von Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit relativ gering geschätzt, obwohl neuere Erhebungen den Wert dieser Arbeit auf bis zu 70% des Brutto-Inlandproduktes schätzen. (GIARINI UND LIEDTKE 1997). Aber auch in der "Freizeit" wird Arbeit geleistet in Form von Eigenversorgung, Selbststudium, eigene Körper- und Gesundheitspflege usw., welche aber nicht monetarisiert wird, obwohl sie durchaus einen Wert hat. Während in der Landwirtschaft diese Tätigkeiten traditionell von grosser Bedeutung sind, zeigt sich eine zunehmende Auslagerung von früher bezahlten Tätigkeiten in diese Kategorie in Form von Selbstbedienungsläden und -restaurants, Informationsbeschaffung (Internet), Bankomaten, Recycling und andere mehr. Wir entwickeln uns zunehmend zu "Prosumenten" - Konsumenten, die einen wachsenden Teil von einst ausgelagerten Leistungselemente selber erbringen, produzieren müssen[3].

Die Verteilung der bezahlten Arbeit ist nicht nur aus sozialpolitischer Sicht wichtig (Deckung der wichtigsten Bedürfnisse), sondern bekommt zunehmend auch gesellschaftpolitische Brisanz - wer partizipiert über die bezahlte Arbeit an der Gesellschaft und wer wird davon ausgeschlossen?

---

[1] GIARINI O., LIEDTKE P., 1997, The employment dilemma and the future of work, in deutscher Übersetzung unter dem Titel "Wie wir arbeiten werden", im Heyne Verlag München

[2] BECK U.; 1986; Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne; Frankfurt/M.

[3] nach TOFFLER A.,1970, Future Shock, New York

Was haben diese Überlegungen zur Zukunft der Arbeit mit der Landwirtschaft und der Liberalisierung der Agrarmärkte zu tun?

Modellrechnungen zeigen, dass die Liberalisierung der Agrarmärkte zwar insgesamt die Beschäftigung erhöhen, aber in den Sektoren Landwirtschaft (Primärproduktion) und Nahrungsmittelindustrie Arbeitsplätze verloren gehen (vgl. BROCKMEIER und STEININGER in diesem Band). Die Frage stellt sich nun

a) ob Landwirte und Beschäftigte in den vor- und nachgelagerten Sektoren zunehmend von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen bleiben werden (Arbeitslosigkeit) und was sie gegebenenfalls dagegen tun können,
b) ob die Arbeit, welche Landwirte heute in Form von Dienstleistungen zu Gunsten der Öffentlichkeit erbringen (eine Aufzählung und monetäre Bewertung liegt bei BAASKE in diesem Band vor), auch noch in Zukunft geleistet wird. Schliesslich lässt sich
c) auch die Frage nach der Qualität der Arbeit stellen, nach der Sinnerfüllung, die in einer Tätigkeit gefunden werden kann.

a) Werden Landwirte und Beschäftigte in den vor- und nachgelagerten Sektoren arbeitslos bleiben?

Aufgrund der Beiträge in diesem Band kann die Frage mit einem deutlichen Nein beantwortet werden. Landwirte reagieren immer wieder flexibel auf Arbeitsangebote der übrigen Wirtschaft (zu den einzelbetrieblichen Einflussfaktoren siehe WEISS in diesem Band). PUWEIN (S. 41ff) berichtet, dass von den über 11'000 Beschäftigten in der österreichischen Lebensmittelindustrie, welche zwischen 1994 und 1998 ihre Arbeit verloren, praktisch alle ohne grosse Mühe eine neue Arbeitsstelle fanden. HAUENSTEIN (S. 71ff.) deutet die trotz düsterer Prognosen für die Landmaschinenbranche steigende Zahl von Lehrlingen als subjektive Erwartung der jungen Leute, mit dieser vielseitigen Ausbildung nötigenfalls auch ausserhalb der Branche eine Stelle zu finden. BERNEGGER (S. 53ff.) deutet an, dass der Verlust an Arbeitsplätzen im Müllereigewerbe kompensiert wird durch die Umnutzung von alten Mühlen für personalintensive Gastronomie- und Freizeitbetriebe.
Damit greift BERNEGGER eine allgemein gültige Entwicklung in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft auf - die Dienstleistungsfunktion wird für jeden Prozess zunehmend wichtiger als die reine Herstellungsfunktion. Dienstleistungen sind unverzichtbar, um materielle Werkzeuge

und Güter nutzbar zu machen. Rund 80% aller Kosten, die mit der Herstellung, dem Konsum und der Entsorgung eines Gutes anfallen, entfallen auf Dienstleistungen (GIARINI UND LIEDTKE, op. cit., S. 209). Wertzuwachs muss immer mehr mit der Leistung eines Systems zur Erfüllung eines Kundenbedürfnisses verstanden werden und kann nicht länger mit der blossen Existenz eines Produktes gleichgesetzt werden. Insofern ist die Aufteilung der Volkswirtschaft in drei Sektoren - Primärproduktion, Industrie und Dienstleistungen - aus heutiger Sicht überholt. Dienstleistungen sind nicht isoliert von der Güterproduktion zu sehen, sondern bilden zusammen mit ihnen die ökonomische Leistung.

Dienstleistungen waren in den letzten beiden Jahrzehnten die treibende wirtschaftliche Kraft[4]. Dienstleistungen sind heute so sehr in die globalen Produktionsprozesse integriert und so wichtig für die Schaffung von Beschäftigung, dass ein effizientes GATS-Abkommen (Abbau von Handelsschranken im Dienstleistungsbereich) unabdingbar ist. Dienstleistungen sind aber nicht einfach "immaterielle" Güter - so die offizielle Deutung in der GATT-Uruguay-Runde -, sondern bilden einen wichtigen und unabdingbaren Bestandteil des Produktionsprozesses. Die Produktivitätssteigerung in der Güterproduktion hat auch zu einer Produktivitätssteigerung in den Dienstleistungen und damit im gesamten System geführt. Höhere Produktivität hat nie zu Arbeitslosigkeit geführt, sondern ging stets einher mit wachsender Nachfrage nach Arbeit und mit steigenden Reallöhnen.
Mit dieser Entwicklung in Richtung integrierter Produktions- und Dienstleistungssysteme wird auch die Bedeutung des ökonomischen Konzepts der komparativen Kostenvorteile eingeschränkt: Jeder Handel und jede Investition bringt nicht nur Arbeitsplätze im exportierenden Land mit sich, sondern auch im importierenden. Damit reduziert sich aber die "Bedrohung", die von der Liberalisierung der Gütermärkte ausgeht: Wenn vereinfachend angenommen wird, dass die fünf Stadien eines Produktzyklus - Forschung und Entwicklung, physische Produktion, Distribution, Nutzung sowie Entsorgung/Recycling je etwa 20% der total anfallenden Kosten ausmachen, so bedeutet dies, dass unter der Voraussetzung, standortgebundener Dienstleistungen im Durchschnitt lediglich 40% der Kosten eines Produkts, das im Ausland verkauft wird, im Herkunftsland anfallen werden.[5] Es kann deshalb nicht länger die Rede von einem System komparativer Vorteile sein, in dem

[4] OECD, 1997, Employment Outlook, Paris
[5] Allerdings zeigt sich mit dem Ausbau der Informationstechnologie und dem Abbau von Handelschranken eine zunehmende Mobilität der Dienstleistungen.

beide Länder/Parteien am Ende durch den Austausch der Produktionsprozesse möglicherweise besser dastehen, aber im Grund auf dem gleichen Beschäftigungsniveau bleiben.

Auch Landwirte und ihre Organisationen müssen die landwirtschaftliche Produktion als Teil eines Systems, einer integrierten Leistung verstehen. Labelproduktion und Zertifizierung, Verkauf ab Hof, Ferien auf dem Bauernhof, Mengen- und Qualitätsabsprachen mit der Verarbeitungsindustrie sind mögliche Ausdrucksformen eines solchen neuen Berufsverständnisses. Es braucht eine lernende, vorausblickende Haltung, wie sie SCHWANINGER in diesem Band in seinem Artikel über intelligente Organisationen beschreibt, um die Bedürfnisse von Kunden und Gesellschaft frühzeitig zu erkennen und in Marktchancen umzuwandeln. Kommunikation, Flexibilität und Lernfähigkeit sind Schlüsselkompetenzen für die Zukunft, auch in der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

b) Werden die von der Landwirtschaft erbrachten Leistungen auch in Zukunft erbracht werden?

Dieser Frage gehen in diesem Band insbesondere RIEDER ET AL. nach und unterscheiden dabei nach Wachstums- und Abwanderungsregionen. Angesichts sinkender Wochenarbeitszeit, einem wachsenden Angebot an Teilzeitstellen bzw. flexiblen Arbeitszeiten, einer steigenden Bedeutung von meist selbständig zu organisierenden Telearbeit und eines aktiven Rentenalters (GIARINI UND LIEDTKE 1997, S. 233ff.) steigt insgesamt die Möglichkeit, Kulturlandschaftspflege als Hobby oder Nebenbeschäftigung zu betreiben. Mit geeigneten Anreizen dürfte die Pflege der Kulturlandschaft solange sichergestellt werden können, als die Bevölkerung auch in peripheren Gebieten wohnen bleibt. Diese Aufgabe kann aber nicht die Landwirtschaft und damit die sektorale Erhaltungspolitik allein übernehmen, sondern es braucht eine umfassende regionale Wirtschaftsförderung, welche den regionalen Finanzausgleich, Bildungs- und Umschulungsangebote bis hin zur Verkehrs- und Energiepolitik umfasst. Auch Regionen und Dörfer müssen sich als intelligente Organisationen nach SCHWANINGER verstehen, um innovativ auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Die von RIEDER ET AL. dargelegte exemplarische Analyse der Bevölkerungsentwicklung im Kanton Graubünden gibt auf jeden Fall keinen Hinweis auf demographische und strukturelle Faktoren, aufgrund derer man die Strukturentwicklung in abgelegenen Dörfern und

Talschaften eindeutig voraussagen könnte. Damit sind auch die Grenzen der politischen Steuerung aufgezeigt.

c) Wird mit der Liberalisierung Sinn und Qualität der Arbeit in der Landwirtschaft vermindert?

Selbständige Arbeit in der Landwirtschaft wird in der Regel als sehr befriedigend empfunden; der Umgang mit Natur und Tieren hat einen Wert in sich, der über die ökonomische Wertschöpfung hinausgeht.[6] Nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege der Kuturlandschaft ist arbeitsintensiv. Sie haben den Charakter eines öffentlichen Gutes, wodurch ihnen kein Marktwert zugeordnet werden kann. Das haben sie gemeinsam mit anderen arbeitsintensiven Tätigkeiten, welche im öffentlichen Interesse liegen - Kinder- und Seniorenbetreuung, Integration von Ausländern und Flüchtlingen, innere und äussere Sicherheit, Katastrophenvorsorge und andere. Im monetisierten System, also über die bezahlte Erwerbsarbeit, stösst ihre Finanzierbarkeit und ihre Effizienz an Grenzen. Die Autoren des Berichts an den Club of Rome schlagen deshalb vor, dass allen Menschen von 18 bis 78 Jahren ein Grundlohn ausbezahlt werden soll, sofern dafür ein Pensum von 20 Wochenstunden gearbeitet wird. Finanziert wird dieser Grundlohn über all diejenigen Beiträge, die heute für das "Nichtstun" bezahlt werden - Arbeitslosen- und Sozialbeiträge, aber auch Flächenstillegungsprämien. Der Staat, zusammen mit der Privatwirtschaft und anderen gesellschaftlichen Institutionen, ist dafür verantwortlich, dass genügend Arbeitsplätze für diese Erstbeschäftigung vorhanden sind. Der Staat und damit wir als Gesellschaft müssten Aufgaben oder Leistungsaufträge formulieren, welche im Rahmen solcher Erstbeschäftigung erbracht werden könnten. Diese drücken eine von der Gesellschaft empfundene Knappheit einer bestimmten Dienstleistung, welche im öffentlichen Interesse liegt, aus Darunter könnte auch die Kulturlandschaftspflege und Massnahmen zur Erhaltung der Biodiversität (Biotop-Pflege, Anbau von alten Sorten, Haltung von aussterbenden Viehrassen) fallen. Die Direktzahlungen an die Landwirtschaft wären nicht dann nicht länger Massnahmen der sektoralen Erhaltungspolitik (und als solche innen- wie aussenpolitisch nicht unbestritten), sondern in Form eines allen

---

[6] SCHUR G., 1990, Umweltverhalten von Landwirten; Campus Verlag; Frankfurt/Main, PLANCK U., 1987, Identitätskrisen im ländlichen Raum - Begriffserklärung - Situationsanalyse - Ursachenforschung; Linz, WERDER C.; 1998; Zielsysteme von Bauernfamilien - eine qualitative Untersuchung; Diplomarbeit; Institut für Agrarwirtschaft; Zürich

Erwerbsfähigen zustehenden Grundlohnes gesellschaftlich verankert und legitimiert. Die Wertschätzung der bäuerlichen Arbeit wäre einerseits durch die Preise für die privaten Güter und Dienstleistungen (Ferien oder Schule auf dem Bauernhof, Bäuerinnenbufett, Betreuung und Integration von psychisch kranken Menschen in der bäuerlichen Familiengemeinschaft...) gegeben und anderseits durch die Abgeltung des gesellschaftlichen Leistungsauftrages.

Der Aufbau dieses Tagungsbandes beginnt mit einem **Rückblick auf bisherige Entwicklungen** in der Land- und Ernährungswirtschaft.

WEISS zeichnet im Anfang seines Artikels die abnehmende Bedeutung der Landwirtschaft am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt nach, wobei der Rückgang in den einzelnen Ländern unterschiedlich schnell verlief. Auf aggregierter Ebene sind die Einflussfaktoren der Abwanderung aus der Landwirtschaft bekannt - der wichtigste davon ist die Einkommensdifferenz zu den übrigen Sektoren, also die unbefriedigende Faktorentlöhnung im Agrarsektor. In der aggregierten Betrachtung wird jedoch nicht berücksichtigt, dass auf die sinkende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften mit unterschiedlichen Anpassungsstrategien reagiert werden kann (Betriebsaufgabe, Aufnahme eines Nebenerwerbs, Extensivierung...), dass die Betriebe heterogen sind und unterschiedliche Nutzenfunktionen von Betrieb und Haushalt optimieren wollen und dass schliesslich zwischen verschiedenen Anpassungsstrategien Interdependenzen bestehen. Weit schwieriger scheint es deshalb, die Einflussfaktoren für das einzelbetriebliche Verhalten zu isolieren. Dazu gehören Betriebsgrösse, Familienzusammensetzung, Ausbildung, Stand im Lebenszyklus, aber interessanterweise nicht die Distanz zur nächsten Stadt bzw. die Siedlungsdichte. Auch RIEDER ET AL. finden in der empirischen Untersuchung zum Kanton Graubünden kaum Gemeindecharakteristika, welche eine Prognose über den künftigen Strukturwandel in der Landwirtschaft zulassen. In der einzelbetrieblichen Betrachtung, wie sie WEISS für 10'000 oberösterreichische Betriebe im Zeithorizont 1980-1985-1990 vornimmt, zeigt sich zudem, dass der Umfang der vorgenommenen Anpassungen in der aggregierten Betrachtung erheblich unterschätzt wird. Die scheinbare Konstanz der Zahl der Nebenerwerbsbetriebe, wie sie sich aus der Statistik ergibt, trügt nämlich. Sie ist das Resultat einer hohen Zahl von Betriebsaufgaben und einer verhältnismässig grossen Zahl von Haupterwerbsbetrieben, welche in den Nebenerwerb wechseln. Diese Bewegung ist noch ausgeprägter, wenn eine deutlich schlechtere relative Einkommenssituation im Agrarsektor vorgegeben wird.

PUWEIN beschreibt die Auswirkungen der Integration von Österreich in die Europäische Union (EU) für die österreichische Lebensmittelwirtschaft. Der verstärkte Wettbewerb führte zu einem erheblichen Rückgang der Beschäftigung, insbesondere im ländlichen Raum. Dieser fiel weit höher aus als prognostiziert. Besonders hoch war er in den Branchen, die vorher stark reglementiert waren (Molkerei), in denen wenig Wettbewerb herrschte und in denen vor der Integration die notwendigen Anpassungsschritte nicht vorgenommen wurden. Eine Arbeitsstiftung (AUFLEB), welche zugunsten der Erwerbslosen der Lebensmittelbranche eingerichtet wurde (Weiterbildung, Umschulung, Arbeitsplatzvermittlung) trug dazu bei, dass der Transformationsprozess ohne soziale Härtefälle verlief. Die Arbeitsplatzverluste in der Lebensmittelwirtschaft wurden kompensiert durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in den übrigen Wirtschaftssektoren.

BERNEGGER geht in seinem Artikel auf die Beschäftigungssituation in der Müllereibranche ein, die in den letzten Jahren von einem sehr starken Strukturwandel gekennzeichnet war. Allerdings schätzt er den Einfluss des technischen Fortschritts (Substitution von Arbeitskräften durch Kapital) höher ein als den Einfluss von Handelsliberalisierung. Er stützt sich dabei auf Beobachtungen im EU-Raum, wo nicht nur unterschiedliche hohe Mahllöhne bezahlt werden, sondern wo auch ganz unterschiedliche Betriebsgrössen zu beobachten sind. Der Handel mit (dem verderblichen) Mehl wird eingeschränkt durch Transportkosten sowie durch nach wie vor enge Beziehungen zwischen Müller und gewerblichem Bäcker. Auf jeden Fall warnt BERNEGGER davor, vom Strukturwandel im Müllereigewerbe auf ein Beschäftigungsproblem zu schliessen. Abgesehen davon, dass das Müllereigewerbe absolut nur wenig Arbeitsplätze bietet (in der ganzen Schweiz sind das weniger als 1000), scheint es, dass viele ehemaligen Mühlen umgenutzt werden für Bildung, Kultur, Vergnügen und Gastronomie. Damit werden vermutlich der Arbeitsplatzabbau bei weitem kompensiert.

HAUENSTEIN schliesslich beschreibt den Rückgang der Verkaufszahlen in der Landtechnikbranche als Folge des landwirtschaftlichen Strukturwandels und der Tendenz zu leistungsstärkeren Maschinen. Diese Entwicklung wird sich mit der Liberalisierung der Agrarmärkte noch verstärken. In der Landtechnikbranche zeichnet sich eine starke Konzentration auf wenige weltweit tätige Hersteller ab, welche jeweils ein volles Sortiment anbieten wollen. Dies führt zu einer Konzentration

auch auf der Ebene des Handels. Es wird mit einem Abbau von Arbeitsstellen im ländlichen Raum gerechnet. Trotz diesen ungünstigen Prognosen ist die Zahl der Lehrlinge seit 1994 jedoch wieder steigend.

Die **künftige Entwicklung der Beschäftigung** wird von BROCKMEIER und von STEININGER geschätzt auf der Grundlage eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells, wobei realistischerweise in beiden Modellen nicht von Vollbeschäftigung ausgegangen wird. Mit der exogenen Vorgabe eines Mindestlohns wird Unterbeschäftigung erzielt

BROCKMEIER zeigt die Auswirkungen der Liberalisierung der Agrarmärkte und der internen Agrarpolitik (Agenda 2000) auf die Beschäftigung im Agrar- und Ernährungssektor. Liberalisierung der internationalen Agrarmärkte und der interne Abbau von Agrarprotektion führen in den meisten Ländern zu deutlichen Wohlfahrtsgewinnen. Diese sind besonders deutlich in Australien und Neuseeland (Steigerung des BSP um + 3%), in den Ländern der NAFTA (+ 2,4%), in den Ländern der EFTA (+ 1,25) und auch in der EU (+ 0,75%). In der EFTA und der EU ist dieser Wohlfahrtsanstieg jedoch verbunden mit einem starken Rückgang der physischen Agrarproduktion. Besonders stark vom Rückgang betroffen sind der Bereich Rindfleisch sowie in der EFTA zusätzlich die Getreideproduktion. Entsprechend geht auch die Beschäftigung im Agrar- und (abgeschwächt) im Ernährungssektor zurück. Dieser Beschäftigungsrückgang wird jedoch kompensiert durch den Ausbau der Beschäftigung im zweiten und dritten Sektor.

STEININGER kommt zu ähnlichen Aussagen wie Brockmeier in seiner Analyse der möglichen Auswirkungen der Liberalisierung im Agrar- und Ernährungssektor für *Österreich.* In vier Simulationen, welche je eine unterschiedlich weitgehend Liberalisierung darstellen, kann auch er zeigen, dass die gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinne sowie ein Beschäftigungszuwachs auf Kosten des Agrarsektors gehen. Ohne ausgleichende Einkommenstransfers gehen nach seinen Berechnungen 20-50% der Arbeitsplätze in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft verloren. Wird der Handel mit Lebensmitteln auch liberalisiert (Zollabbau), so kann immerhin in diesem Sektor die Beschäftigung gehalten oder gar leicht gesteigert werden.

Wie wirkt sich der Beschäftigungsrückgang aus? Dieser Frage gehen RIEDER ET AL. bezüglich der zwei politischen Ziele "Pflege der Kulturlandschaft" und "Aufrechterhaltung einer dezentralen Besiedlung" nach. Sie zeigen auf, dass wegen der zahlreichen intersektoralen

Abhängigkeiten zwischen Wachstumsregionen einerseits und Abwanderungsregionen andererseits unterschieden werden muss. In der historischen Betrachtung zeigt sich nämlich, dass die Beschäftigungsentwicklung (und in der Folge die Bevölkerungsentwicklung) im ländlichen Raum stärker von der Arbeitsmarktentwicklung im zweiten und dritten Sektor (Sogkräfte) als von der sektoralen Erhaltungspolitik für die Landwirtschaft (Verminderung der Druckkräfte (v.a. durch die Preis- und Absatzgarantie) abhängig war. Vor der letzteren profitierten die Landwirte in Gunstlagen absolut mehr, obwohl dort durch den Rückgang der in der Landwirtschaft Beschäftigten keine Gefährdung der politischen Ziele erwartet werden muss. TAMME kommt bei der Beurteilung der österreichischen Agrarmassnahmen zu analogen Aussagen. Mit der Einführung von ergänzenden Direktzahlungen an die Berglandwirtschaft wurde der Zielerfüllungsgrad erhöht, obwohl auch diese Massnahmen noch zu wenig spezifisch sind, um in spezifischen Problemregionen wirksam zu werden.

Welche **Handlungsstrategien** stehen den wirtschaftlichen und politischen Akteuren angesichts der sich abzeichnenden Entwicklungen offen?
SCHWANINGER beschreibt Anforderungen, welche an intelligente Organisationen zu stellen sind - und nur diese sind in der Lage, Veränderungen zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren. Diese Anforderungen sind für wirtschaftliche Organisationen (Landwirtschaftsbetriebe, Unternehmen, Branchenverbände) ebenso relevant wie für politische Institutionen (Bauernverband, Regionen, Kantone). Intelligente Organisationen müssen über vier Fähigkeiten verfügen, nämlich

- sich innovativ an sich veränderne Verhältnisse anzupassen
- das Umfeld zu beeinflussen und mitzugestalten
- neue Spielfelder für die eigenen Kompetenzen zu finden
- einen Beitrag zu leisten, an die Lebensfähigkeit des Systems, in das die Organisation eingebettet ist.

Nach SCHWANINGER bedeutet Lernen in einer Zeit des Wandels und der Umbrüche, das eigene Potential zu erkennen und zu wirksamen Handeln zu erhöhen. Dies setzt voraus, dass das Management sich nicht nur auf die operative, kurzfristige Ebene der Effizienz und Gewinnmaximierung konzentriert, sondern auch strategische und normative Fragestellungen nicht aus den Augen verliert. Dazu gehört

der langfristige Aufbau der eigenen Kernkompetenzen und das bewusste Infragestellen des eigenen Tuns im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Legitimität. Dieser Herausforderung müssen sich nicht nur Einzelunternehmen stellen, sondern ganz besonders auch Branchenverbände. Fehlt dort diese Reflexion, so kann das Überleben der ganzen Branche gefährdet sein. Intelligente Organisationen sind bereit, herkömmliche Denkmodelle zu hinterfragen, auftretende Lerndefizite abzubauen und alternative, auch unorthodoxe Lösungsansätze vorurteilsfrei zu prüfen. Eine solchermassen gerüstete Organisation kann Liberalisierung als Chance und Herausforderung verstehen und muss nicht primär mit dem Abbau von Stellen reagieren.

WEHNER geht noch einen Schritt weiter und plädiert für eine fehlerfreundliche Unternehmenskultur, Fehler sind nicht länger als Defizite zu werten, sondern als Chance für Veränderung. Angesichts der eingangs erwähnten hohen Bedeutung der Arbeit für das Individuum plädiert er für vermehrte Kommunikation am Arbeitsplatz, eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen von Gruppenarbeit. Mit dieser wird versucht wird, Arbeit auch in einer hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaft wieder mit Sinn und sozialem Leben zu füllen. Arbeitgeber, welche neue Arbeitsmodelle in ihren Betrieben erproben, haben oft nicht nur betriebswirtschaftlich Erfolg, sondern leisten einen wertvollen Beitrag an Gesellschaft und Volkswirtschaft.

BAASKE zeigt, dass der Versuch, Produktion von Agrargütern mit der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen auf lokaler und regionaler Ebene zu verbinden, erfolgversprechend auch bezüglich der Beschäftigung im ländlichen Raum ist. Im Unterschied zu Produkten können Dienstleistungen in der Regel nicht transportiert und gelagert werden, sondern müssen weitgehend an Ort und Stelle erbracht werden. Für die österreichische Landwirtschaft schätzt BAASKE aufgrund verschiedener Studien den monetären Wert der von der Landwirtschaft erbrachten Dienstleistungen auf einen Wert von rund 50% der Agrargüterproduktion - mit steigender Tendenz (im Masse wie der Wert der Agrarproduktion sinkt). Solange die Dienstleistungen nur als Koppelproduktion der Agrargüterproduktion betrachtet werden, sinkt mit der Zahl der Landwirte auch das Angebot an solchen öffentlichen Leistungen. Es braucht heute nebst der Vermarktung der Agrargüter auch die Vermarktung der Dienstleistungen. Regionale Vermarktungs-initiativen und Agrotourismus sind Wege, die bäuerlichen Dienstleistungen wieder an das Produkt zu binden und so eine höhere

Abgeltung zu erzielen. Sie genügen jedoch nicht. Wenn die Gesellschaft die Dienstleistungen der Landwirtschaft in Anspruch nehmen will, soll sie auch (auf regionaler Ebene, dort wo der Nutzen anfällt) als Kundin auftreten. Agrarische Dienstleistungen sollen aufgrund eines regionalen Leitbilds von der Landwirtschaft "eingekauft" und mit der Landwirtschaft ausgehandelt werden.

PRETTERHOFER beschreibt ein politisches Förderprogramm, mit dem versucht wurde, die Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verbessern. Dabei wurden arbeitsmarktpolitische Ziele nicht implizit formuliert, doch erwartete man eine positive Wirkung auf die Beschäftigungssituation. Die Beurteilung der Fördervorhaben zeigte, dass rund ein Viertel aller Projekte auch ohne Fördermittel durchgeführt worden wäre, dass bei weiteren 17% das Projekt später bzw. in 44% in kleinerem Umfang durchgeführt worden wäre. Alles in allem ist der Mitnahmeeffekt der Investitionsförderung hoch. Diese sind nicht vermeidbar - aber eine rasche Umsetzung betriebswirtschaftlich notwendiger (inklusive Anpassung an neue Umwelt- und Hygienevorschriften) und absatzpolitisch erfolgversprechender Investitionsvorhaben wirkt sich kurz- bis mittelfristig positiv auf die Wettbewerbskraft der Unternehmen und damit auf die Arbeitplatzsicherung aus. Allerdings ist nur dann eine positive Wirkung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten, wenn mit der Kapitalverbilligung nicht in erster Linie der Faktor Arbeit substitutiert wird. Die Investitionsförderung war nicht in allen Bereichen gleich beschäftigungsintensiv - während im Getreidesektor ein zusätzlicher Arbeitsplatz durchschnittlich 37 Mio öS, bzw. im Milch- und Weinsektor je 17 Mio öS kostet, ist die Beschäftigungswirkung in den Sektoren Geflügel und Eier (5,5 Mio. öS), Schlachtung (6 Mio. öS) und Frischgemüse (6,5 Mio. öS) besser. Umweltschutzinvestitionen sind kaum beschäftigungswirksam, während Projekte zur Produktinnovation und Qualitätsverbesserung weit besser abschneiden. In kleinen Investitionsprojekten wurden verhältnismässig mehr Arbeitsplätze geschaffen als in grossen.

TAMME schlisslich diskutiert in seinem Artikel die Auswirkungen von agrarpolitischen Fördermittel auf die Beschäftigung. Während die Sicherung eines angemessenen Einkommens und vergleichbaren Lebensstandards sowohl in der gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP), als auch in der österreichischen und schweizerischen Agrarpolitik explizit als Ziel genannt werden, ist dies für die Sicherung

von Arbeitsplätzen nicht der Fall. Direktzahlungen, Ausgleichsprämien oder auch Prämien im Rahmen des Umweltprogrames (ÖPUL) bilden zwar einen Einkommenszuschuss, sollen aber den landwirtschaftlichen Strukturwandel nicht aufhalten, sondern höchstens in Ausmass und Geschwindigkeit abfedern. Nach TAMME ist eine Einkommenswirkung der Ausgleichszahlungen nachweisbar, doch ist deren Beschäftigungswirkung gering. Dies wird damit begründet, dass die Prämien an die Fläche und oder die Tierzahl gebunden sind und nicht an die Zahl der im Betrieb Beschäftigten. Das führt dazu, dass die durchschnittlich ausbezahlten Umweltförderbeiträge je Beschäftigte in den Gunstlagen rund doppelt so hoch sind wie im Berggebiet; bei den Marktordnungsprämien sind sie in den Gunstlagen sogar rund zehnmal höher. Die Bindung von Direktzahlungen an die Arbeitskraft wurde zwar diskutiert, dann aber im politischen Prozess wieder verworfen

Aufgrund der Tagungsbeiträge lassen sich folgende **Thesen** ableiten:

1. Die bisherigen Liberalisierungsschritte führten zu einem Verlust an Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und in den ihr vor- und nachgelagerten Sektoren. Daraus ergibt sich aber kein Beschäftigungsproblem, sondern der Rückgang an Arbeitsplätzen wird kompensiert durch neue Arbeitsplätze insbesondere im Dienstleistungsbereich in- und ausserhalb der Branche. Allenfalls ergibt sich ein ländlichen Raum ein Unterangebot an Arbeitsplätzen.

2. Für den Agrar- und Lebensmittelbereich bestätigt sich damit eine allgemein zu beobachtende Entwicklung weg vom isolierten Produkt hin zu einer umfassenden ökonomischen Leistung, welche materielle Güter und Dienstleistungen beinhaltet. Daran machen die Herstellungskosten nur etwa einen Fünftel aus. Die Landwirtschaft kann versuchen, einen Teil der mit dem Agrarprodukt verbundenen Dienstleistungen im Sinne erhöhter Wertschöpfung selber zu übernehmen.

3. Die mit der Agrarproduktion verbundenen Dienstleistungen (Kulturlandschaftsplege, Erhaltung nachhaltiger Produktionssysteme, Förderung der Biodiversität) sind mit dem Rückgang der im Agrarsektor Beschäftigten nicht mehr überall sichergestellt. Die Gesellschaft muss die Bereitstellung dieser Leistungen möglichst auf der Ebene, auf der der Nutzen anfällt, vertraglich sichern.

4. Mit staatlichen Massnahmen soll nicht (mehr) versucht werden, den Strukturwandel in der Agrarproduktion zu bremsen, sondern es sollen Anpassungshilfen geleistet werden, welche die einzelnen Betriebe, Regionen und Branchenverbände befähigen, als intelligente Organisationen innovativ auf neue Rahmenbedingungen und Bedürfnisse zu reagieren.